

Nina Scholz

Die wunden Punkte

von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.

Was tun gegen die Macht der Konzerne?



BERTZ + FISCHER

A diagonal banner in the top right corner contains the text "LabourNet.de Germany" in orange. At the top of this banner is a circular logo with a white hand holding a globe.

Auszug aus:

Nina Scholz

Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.

Was tun gegen die Macht der Konzerne?

BERTZ+ FISCHER



Einleitung	7
»Wir mussten streiken«	23
Internationale Solidarität made in Bad Hersfeld	
Klassenkampf statt Bällebad	39
Die lange Gründungsgeschichte der Google-Gewerkschaft	
Von wilden Streiks zum Betriebsrat	52
Gig-Arbeiter*innen gegen Deliveroo und Gorillas	
Kämpfen, wo andere Urlaub machen	73
Wider die Wildwest-Verhältnisse in der Tourismusbranche	
Nicht nur ein zahnloser Tiger	98
Neue Betriebsräte und Union Busting in Tech-Unternehmen	
Wie Deliveroo, nur in sozial	112
Zur Wiederbelebung der Arbeiterkooperativen	
»Ich habe mich gefühlt wie in einem Gefängnis«	128
Pendelmigrant*innen im privaten Pflegedienst organisieren sich	



Pfleger*innenstreik trotz Corona	151
Berliner Erfolge gegen die Misere in den Krankenhäusern	
Vom Protest zur Enteignung?	167
Der <i>Deutsche Wohnen</i> -Volksentscheid und sein kompliziertes Verhältnis zu Mieter*innenkämpfen	
Stadtkämpfe gegen Big Tech	199
Berlin und New York vs. Google und Amazon	
Über die Autorin	215
Fotonachweis	216



Kämpfen, wo andere Urlaub machen

Wider die Wildwest-Verhältnisse in der Tourismusbranche

Tourismus ist ein gigantischer Markt, lokal und weltumspannend, und es sah lange Zeit so aus, als sei kein Ende in Sicht – bis Corona kam und der Branche einen Dämpfer verpasste. »Insgesamt belief sich der touristische Konsum in Deutschland im Jahr 2015 auf 287,2 Milliarden Euro«, heißt es in einer Studie der Bundesregierung.¹ Der Tourismus machte in diesem Jahr 3,9 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung aus, vergleichbar also mit dem Einzelhandel (3,3 Prozent), dem Maschinenbau (3,5 Prozent) oder den freiberuflichen und technischen Dienstleistern (4,4 Prozent). 2,92 Millionen Menschen waren direkt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt und weitere 1,25 Millionen Menschen indirekt. 80 Prozent der getätigten Reisen waren Privatreisen, ein Riesemarkt, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Doch die Erwerbstätigen profitieren selten von diesem Boom. Genau wie in anderen Dienstleistungs-

branchen oder der Tech-Industrie wird die Goldgräberstimmung im Tourismusbereich von fehlender gewerkschaftlicher Repräsentation, von prekären Beschäftigungsmodellen und Scheinselbstständigkeit begleitet. Aber genau wie in diesen Branchen gibt es immer wieder Arbeiter*innen, die sich dagegen wehren, wie zum Beispiel die Flugbegleiter*innen der Billigairline Ryanair.

Die Fluggesellschaft ist ein Platzhirsch der Branche. »Je nachdem wie man rechnet, ist Ryanair die erfolgreichste oder zweiterfolgreichste Fluglinie Europas«, sagte Verdi-Gewerkschafterin Mira Neumaier im Sommer 2018. Damals waren die Kämpfe der Ryanair-Beschäftigten in vollem Gange. »Sie unterbieten die Preise ihrer Konkurrenten. Das können sie, weil der Kunde für jedes weitere Angebot draufzahlen muss. Alle Bereiche und Abläufe werden permanent auf Kosteneffizienz geprüft, überall wird gespart, auch wenn es um Cent-Beträge geht.« Gespart werde aber auch an anderer Stelle: »Der Erfolg von Ryanair beruht auf der Ausbeutung der Beschäftigten. Das Gefühl des Ausgeliefertseins, der kompletten Entrechtung, das gab es bei Beschäftigten in Europa und in Deutschland so schon lange nicht mehr«, so Neumaier. »Das ist möglich, weil Ryanair ein irisches Unternehmen ist und die Be-



Ryanair-Beschäftigte im Warnstreik, Flughafen Tegel, Februar 2017

schäftigten nach irischem Arbeitsrecht behandelt werden, das ganz miserabel ist. Es gibt zum Beispiel keinen Kündigungsschutz.«

Bereits im Dezember 2017 streikten die Ryanair-Pilot*innen in Deutschland. Ostern 2018 folgten dann Streiks der Kabinenbeschäftigten in Portugal, in der Bundesrepublik fanden erste Arbeitskämpfe im August und September 2018 statt. Insgesamt gab es zwischen 2017 und 2019 14 Streiks, wobei der

längste in Spanien stattfand: Dort legten die Kabinbeschäftigten im September 2019 insgesamt zehn Tage die Arbeit nieder. An der Kampagne *Cabin Crew United* beteiligten sich 14 Gewerkschaften aus 14 Ländern; die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi für Deutschland kam aber erst an Bord, als der europaweite Arbeitskampf schon in vollem Gange war: »Wir hatten [zuvor, N.S.] nur wenige Monate Zeit, die Belegschaft zu organisieren und das an 14 Orten in ganz Deutschland. Wir haben uns Unterstützung von externen Organizer*innen geholt und es tatsächlich in kurzer Zeit geschafft, die Belegschaft weitestgehend geschlossen zu organisieren«, erzählt Neumaier. »Wir können erstmals wirklich Verbesserungen erreichen. Das konnten wir uns nicht entgehen lassen.«

Die Frage der vergüteten Arbeitsstunden war in diesem Streik zentral. Weil manche Ryanair-Mitarbeiter*innen kein Grundgehalt bekommen, verdienen sie oft nur wenig Geld, wenn sie bei der Schichtvergabe keine Flugstunden erhalten. Und Überstunden, die zum Beispiel bei Flugverspätungen schnell anfallen können, werden dann auch nicht entlohnt: »Es gibt Beschäftigte, die haben 700 Euro im Monat verdient, obwohl sie Vollzeit gearbeitet haben.« Junge Beschäftigte, so die Gewerk-

schafterin weiter, »mussten für ihre Ausbildung und ihre Uniform selber zahlen. Die hatten dann durchschnittlich 3500 Euro Schulden bei Ryanair, als sie den Job angefangen haben, und haben Jahre gebraucht, um das abzubezahlen, waren also ans Unternehmen gebunden. Aufgrund dieser Abzüge waren viele Beschäftigte unter dem Mindestlohn.«

Doch es gehe den Beschäftigten auch um die Arbeitsbedingungen, ganz ähnlich wie den Amazon-Mitarbeiter*innen oder den Fahrradkurier*innen: »Es gibt viele Anhörungen, viel Kontrolle, viele Disziplinarmaßnahmen und Abmahnungen. Die Ryanair-Beschäftigten haben die Apps für alle möglichen Bereiche der Personalverwaltung direkt auf ihren eigenen Smartphones, sind darüber permanent erreichbar. Das geht so weit, dass diejenigen, die sich krankmelden, den Grund offenlegen müssen.« Die Streiks haben sich für die Beschäftigten gelohnt: Es gibt jetzt ein gesichertes Grundeinkommen, außerdem muss Ryanair in Deutschland das deutsche Arbeitsrecht anwenden. In anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in Italien, existieren ähnliche Tarifabschlüsse. Mit diesem Erfolg sei der Arbeitskampf aber noch lange nicht beendet, erklärt Neumaier: »Die Arbeitsbedingungen bei Ryanair entsprechen noch lange nicht dem Branchenstan-

dard. Der Lohn ist immer noch zu niedrig, viele Beschäftigte kommen kaum über die Runden. Ryanair wendet das deutsche Arbeitsrecht oft nicht an. Wir sind viel damit beschäftigt, die Verträge zu prüfen.« Und noch eine weitere Forderung, die Einrichtung eines Betriebsrats, sei noch nicht erfüllt: »Ryanair nutzt eine Gesetzeslücke. Sie sagen, dass sie gar keinen Betrieb in Deutschland haben, weil die Leitung in Dublin sitzt.«

Auch wenn Ryanair an jeder Ecke spart, für eine Sache gibt die Firma dann doch Geld aus: »Sie beschäftigen die Crème de la Crème des Union Busting«, sagt Neumaier, also der systematischen Bekämpfung, Unterdrückung und Sabotage von gewerkschaftlichen Tätigkeiten. Bei Ryanair etwa gebe es Strafmaßnahmen für gewerkschaftlich Aktive: »Beschäftigte mit Familien werden manchmal innerhalb weniger Tage in ein anderes europäisches Land versetzt. Das macht den anderen natürlich Angst.«

Gerade im Tourismussektor zeigt sich also, dass ein Boom nicht zwangsläufig die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen verbessert, zumal starke Gewerkschaften mit entsprechenden betrieblichen Verankerungen fehlen, die diese Bedingungen durchsetzen können. Während die boomenden Industrien in Westeuropa von 1945 bis 1970 die Lebens- und

Lohnsituationen der meisten Arbeiter*innen, wenn auch mit Schwankungen, insgesamt verbessern konnten, ist das Gros der Arbeiter*innenklasse heute in Branchen tätig, deren Unternehmen – wie Ryanair – Vorreiterrollen dabei einnehmen, »Beschäftigungsbedingungen zu prekarisieren und gewerkschaftliche Rechte des Personals zu unterlaufen.«² Das sei auch möglich, weil die Belegschaften zersplittert seien, argumentieren die Autoren der Broschüre *Organizing Ryanair*: »Das Kabinenpersonal besteht bis heute mehrheitlich aus jungen Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern, für die der Job bei Ryanair meist nur einen Lebensabschnitt auf dem Weg woandershin darstellt. Sie arbeiten in der Regel fern von ihren Heimatorten und die wenigsten wollen dort bleiben, wohin das Unternehmen sie versetzt. Als Arbeitsmigrant*innen ist ihnen eine eigenartige transitorische Identität eigen: Sie arbeiten in der Luft, also nicht am Wohnort, und sind aufgrund ihrer unkonventionellen Arbeits- und Lebensbedingungen kaum in die Gesellschaften, in denen sie wohnen und leben, integriert. Viele junge Kabinenbeschäftigte bleiben tendenziell unter sich, pflegen Freundschaften innerhalb der Crew und sprechen in der Regel auch nicht die Sprache, die an den Orten ihrer (vorübergehenden) Stationie-

nung gesprochen wird.«³ Die Autoren argumentieren weiter, dass diese prekäre, entwurzelte Art des Arbeitens der Kabinenbeschäftigten eine progressive »transnationale Klassenidentität« hervorbringe, die eine klassische Gewerkschaftsarbeit in nationalem Rahmen aber herausfordere: »Das fliegende Personal von Ryanair hat ein explizit transnationales Selbstverständnis, das in auffälligem Kontrast zu den nationalen Strukturen der Gewerkschaften steht.«⁴ Diese neue, mehrheitlich junge Arbeiter*innenklasse eint, dass sie »am stärksten unter der europäischen Krise gelitten hat«.

Mit dieser »transnationalen Klassenidentität« könnte vielleicht auch Artur Bogdanow (Name geändert) etwas anfangen. Er ist Ende dreißig und arbeitet im Berliner Booking.com-Büro am Potsdamer Platz. Um 2010 ist er aus Russland nach Berlin gekommen und hatte zunächst Schwierigkeiten, als Nichtmuttersprachler dort einen Job zu finden. Booking.com stellte ihn als Kundenberater ein. Menschen aus mehr als 40 Nationen arbeiten im Berliner Büro, erzählt Bogdanow: »Die Deutschen sind bei uns in der Minderheit.«

Statt wie früher im Katalog sucht man eine Urlaubsunterkunft heute oft über Google – und von dort führt der Weg wiederum in der Regel ohne

Umwege zu Booking.com, dank eines Deals: 2018 zahlte das niederländische Buchungsportal eine Milliarde US-Dollar pro Quartal an das US-Unternehmen. So konnte Booking.com eine der mächtigsten, wenn nicht sogar die weltweit wichtigste Plattform für die Unterkunftssuche werden. Man findet dort nicht nur Zimmer, auch Flüge, Autos, selbst Taxen und Shuttleservices kann man dort buchen. Alles ganz einfach, wird den Kund*innen versprochen. Damit dieser Eindruck auch bestehen bleibt, arbeiten bei der Firma nach eigenen Angaben 17.500 Mitarbeiter*innen in mehr als 200 Büros, verteilt auf 70 Länder, rund um die Uhr.

Wenn es – für den Kunden oder für das Hotel – einmal nicht so reibungslos läuft mit der Buchung, wenn jemand eine Frage hat oder umbuchen möchte, landet er bei Artur Bogdanow oder eine*m seiner Kolleg*innen. Als Bogdanow bei Booking.com zu arbeiten begann, herrschte dort Start-up-Atmosphäre. Damals hatte das Unternehmen nicht mehr als hundert Beschäftigte in Berlin, sagt er. Im Sommer 2018 waren es bereits um die tausend. Anfangs seien die Arbeitsbedingungen gut gewesen, doch mit dem rasanten Wachstum wuchsen auch die Probleme: »Wir konnten uns keine Schichten mehr aussuchen, die für uns passten, Urlaub am Stück wurde

nicht mehr genehmigt. Viele von uns kommen nicht aus Deutschland, wir können unsere Familien aber nur besuchen, wenn wir zwei Wochen am Stück frei bekommen.« Gleichzeitig nahmen Arbeitsbelastung und Druck zu. Einfache Anfragen wie etwa Zimmerumbuchungen sind nun längst an ein anderes Unternehmen ausgelagert. Bei den Booking-Beschäftigten landen die komplizierten Fälle, Anfragen, die Zeit benötigen. Durchschnittlich bearbeitet jede*r Mitarbeiter*in 60 bis 70 Fälle täglich, erzählt Bogdanow: »Der Zeitdruck ist groß. Dann vergessen wir vorgeschriebene Arbeitsschritte, wie zum Beispiel aus Datenschutzgründen die Kunden nochmals zurückzurufen, um zu kontrollieren, ob wirklich alle angegebenen Daten stimmen. Oder wir vertippen uns.«

Das hat Konsequenzen: »Beim ersten Fehler gibt es eine rote Fahne, beim zweiten eine Ermahnung, beim dritten schon eine Abmahnung.« Was wiederum weitreichendere Folgen hat: »Mittlerweile sind wir alle ständig gestresst, haben Angst, trotzdem nimmt der Druck immer mehr zu.« Die Beschäftigten im Berliner Booking-Büro fühlten sich zunehmend überlastet, die Krankmeldungen stiegen. Artur Bogdanow und seine Kolleg*innen wollten etwas ändern, trafen sich in Cafés, entschieden

sich, mit der Gewerkschaft Verdi zu sprechen, und gründeten im April 2015 einen Betriebsrat. Sie hatten Erfolg: Seitdem können die Beschäftigten sowohl Urlaube als auch Schichten wieder besser planen.

Als Nächstes wollten sie einen Tarifvertrag erkämpfen, doch dazu kam es nicht mehr: Im November 2018 gab die Booking.com-Geschäftsleitung bekannt, dass fast die Hälfte der Stellen in Berlin gestrichen würden. Mittlerweile arbeiten dort noch etwa 500 Beschäftigte. Trotzdem verlassen einige von ihnen das Unternehmen, erzählt Artur Bogdanow: »Weil der Druck so hoch ist, geben viele auf. Die Geschäftsführung macht permanent Stimmung gegen uns.« Booking.com selbst widerspricht den Vorwürfen in einem schmallippigen Statement: »Wir überprüfen kontinuierlich unsere eigene Organisationsstruktur, da wir immer bestrebt sind, unsere lokalen Unterkunftspartner zu unterstützen und mehr Reisenden zu ermöglichen, die Welt zu entdecken und zu erleben.«

Im bisher umsatzstärksten Jahr 2017 lag der Umsatz des Mutterkonzerns Booking Holdings bei fast 13 Milliarden US-Dollar. Doch dann kam Corona. Kaum eine Branche war weltweit so sehr von der Krise betroffen wie der Tourismus. Lag der Umsatz von Booking Holdings im 1. Quartal 2019

noch bei 2,8 Milliarden, so sank er im ersten Quartal des ersten Coronajahrs 2020 auf 2,3 Milliarden, im gleichen Zeitraum 2021 dann nochmals auf 1,1 Milliarden. Eine vollständige Erholung ist zur Zeit nicht in Sicht, auch weil eine weltweites Ende der Pandemie nicht absehbar ist.

Die Coronakrise bekamen auch andere Touristikonzerne zu spüren. Anfang 2020 sah die Situation bei der weltweit agierenden Zimmer- und Wohnungsvermietungsplattform Airbnb noch gut aus. Nach zwei profitablen Jahren – die sie von manchem Mitbewerber unterschied – hatte Airbnb sogar einen vorsichtigen Schritt an die Börse geplant und ihn im Dezember 2020 auch noch vollzogen. Das Unternehmen hatte sich neue Märkte erschließen können, individualisierte Stadtführungen zum Beispiel. Im März 2020 war der Umsatz aber bereits um die Hälfte eingebrochen. Wie das *Wall Street Journal* meldete⁵, hatte sich Airbnb eine Milliarde US-Dollar von Investoren geliehen, um überhaupt geschäftsfähig zu bleiben. Prompt passierte das, was das Unternehmen und seine Lobbyisten immer geleugnet hatten: Die Unterkünfte tauchten wieder auf dem Wohnungsmarkt auf, bei Mietportalen etwa. Wie viele Wohnungen Airbnb dem Markt entzogen hatte, darüber lässt sich nur spekulieren,

denn das Online-Portal gibt keine Zahlen heraus. Dass es viele waren, lässt das Beispiel Dublin erahnen: Nach einer Visualisierung von Mitte März 2020 standen dem Mietmarkt in der irischen Hauptstadt schon da 64 Prozent mehr Wohnungen zur Verfügung als vor dem Einbruch. Gleichzeitig waren auf der Airbnb-Seite fast alle Angebote ungebucht. Die Coronakrise erledigte also – für kurze Zeit –, wofür verschiedene europäische Stadtregierungen schon länger gekämpft hatten.

Airbnb ist ein 2008 von Brian Chesky, Joe Gebbia und Nathan Blecharczyk gegründetes Unternehmen aus dem Silicon Valley, das via Website und App zwischen Nutzern, die mieten, und solchen, die vermieten, vermittelt und dafür Geld von beiden nimmt. Seit 2011 ist Airbnb in Europa und Deutschland aktiv. Hierzulande ist es nicht das einzige Portal, das kurzfristige private Unterkünfte vermittelt. Daneben sind HomeAway, das zu Expedia gehört, und Wimdu, ein deutsches Start-up, am bekanntesten. Airbnb ist aber mit Abstand am marktmächtigsten: 2016 gab es dort weltweit 2,8 Millionen Angebote, bei HomeAway 1,2 Millionen, alle anderen lagen weit dahinter. Der europäische Markt für Airbnb ist heute der wichtigste und der schwierigste. Der wichtigste, weil die Hälfte aller

Vermietungen hier stattfindet, der schwierigste, weil das Unternehmen hier mit den rigorosesten Gesetzgebungen und mit Widerständen von Teilen der Innenstadtbevölkerungen zu kämpfen hat.

Es dauerte nämlich nicht lange, bis die Bewohner*innen der bei Airbnb-Nutzern beliebten Innenstädte die Nachteile des Versprechens zu spüren bekamen. Nur wenige boten auf der Plattform für kurze Zeit ihr eigenes Zimmer an. Die meisten Angebote sind ganze Wohnungen, viele Anbieter haben mehr als eine Immobilie auf der Webseite, wie Studierende der FH Potsdam im Jahr 2016 herausgefunden haben.

In ihrem Daten-Visualisierungs-Projekt *Airbnb vs. Berlin* (www.airbnbvsberlin.de) haben sie die Informationen des Unternehmens, die auf der Website zur Verfügung standen, ausgewertet: 2016 boten geschätzte 1167 Airbnb-Nutzer mehr als ein Inserat an, mithin hatten wohl immerhin zehn Prozent der Berliner Nutzer geschäftliche Interessen.

Die Bewohner*innen der vielfrequentierten Innenstädte bekamen den massenhaften Anstieg des Tourismus durch Airbnb- und Billigflieger-Angebote besonders zu spüren. *Airbnb vs. Berlin* fasst es so zusammen: »Die meisten Wohnungen werden also in den ›szenigen‹ Innenstadtbezirken Kreuzberg-

Friedrichshain, Neukölln und Prenzlauer Berg angeboten«, die für das Berliner Lebensgefühl stünden. »Verhältnismäßig wenig Inserate gibt es außerhalb des Berliner S-Bahn-Rings.« Gleichzeitig stiegen die Mieten auf dem umkämpften Wohnungsmarkt nochmal dort, wo Airbnb am beliebtesten ist, berichtete die Webseite *Citymetric* 2016.

Gegen all diese Probleme versuchen verschiedene Städte mit regulierenden Gesetzen vorzugehen, Berlin zum Beispiel mit dem »Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum«, kurz: »Zweckentfremdungsverbot«. Das Gesetz trat am 29. November 2013 in Kraft und wurde inzwischen noch einmal verschärft. Seit dem 1. Mai 2018 hat Berlin das rigoroseste Gesetz zur Regulierung von »Home-sharing«. In den Medien wurde im Vorlauf berichtet, dass Airbnb sich für eine 60-Tage-Frist eingesetzt habe, in der Untervermietungen ohne Anmeldung möglich gewesen wären. Das bestätigt auch Katalin Gennburg, die sich für die Berliner Linkspartei im Abgeordnetenhaus mit Stadtentwicklungsfragen beschäftigt. »Bei der Regelung, die Airbnb sich gewünscht hat, hätten wir eine grundsätzliche Erlaubnis erteilt. Wir wollten es aber grundsätzlich verbieten, den hartumkämpften Wohnraum seinem eigentlichen Zweck zu entfremden.« Genn-

burg sieht die Argumentation des Unternehmens als Teil seiner Geschäftsstrategie: »Airbnb brechen die Regeln und sagen später: Es machen jetzt alle so, jetzt kann man es auch erlauben. Dabei ist ihnen egal, welche Folgen das für die Städte und die Menschen hat, ihnen ist nur der eigene Profit wichtig und die verdienen sehr gut an der Wohnraumuntervermietung.«

Das neue Gesetz verbietet keine Untervermietungen oder Wohngemeinschaften, versucht aber zahlreiche, kurzfristige Vermietungen zu verhindern: Die ganze Wohnung unterzuvermieten geht nur mit Genehmigung ab dem ersten Tag. Für Zweitwohnungsbesitzer*innen gilt eine Begrenzung der kurzfristigen Untervermietung auf 90 Tage. Mit der Genehmigung wird eine Registrierungsnummer erteilt, die in die Anzeige aufgenommen werden muss. Mieter*innen brauchen für jede Untervermietung eine Genehmigung von ihren Vermieter*innen, die wiederum vom zuständigen Amt abgefragt werden muss. »In Berlin gibt es sehr viel Leerstand und Zweckentfremdung, weil es sich mehr lohnt, die eigene Wohnung mehrfach auf Portalen anzubieten, als ganz normal zu vermieten, und gleichzeitig gibt es eine große Wohnungsnot«, erklärt Gennburg die Verschärfungen.

Auch in anderen europäischen Städten wurden neue Regularien geschaffen: In Paris sind ebenfalls Registrierungen notwendig. In Barcelona werden keine neuen Registrierungen mehr ausgestellt, und ein Team wurde damit beauftragt, illegale Ferienwohnungsvermietungen ausfindig zu machen. In Amsterdam wiederum kamen die 22 Stadtangestellten, die sich um Beschwerden gegen Airbnb kümmern sollten, ob der großen Anzahl nicht hinterher. Auch dort werden jetzt nur noch wenige Genehmigungen erteilt. In Berlin selbst scheitert die Durchsetzung des Gesetzes oftmals am Personalmangel.

Airbnb antwortete mit einer großangelegten Imagekampagne, deren Herzstück gefühlige Videos für die sozialen Netzwerke waren, in denen Nutzer erzählen, warum sie ihre Wohnung vermieten – und dass das eine großartige Erfahrung sei. Offensichtlich fällt es dem Silicon-Valley-Unternehmen mittlerweile nicht mehr ganz so leicht wie früher, als einer von den Guten wahrgenommen zu werden. Gleichzeitig kämpft es auf europäischer Ebene weiter und investiert in Lobbyausgaben, um die lokalen Gesetze unterwandern zu können.

Bereits während das Gesetz in der Fertigstellung war, wurde Gennburg von ihrer Verwaltung informiert, dass auf EU-Ebene schon an einer Liberali-

sierung gearbeitet werde: »Da ist mir klar geworden, wie sehr Airbnb [...] bereits Lobbypolitik betreibt.« Im Mai 2018 hat die Initiative *CEO – Corporate Europe Observatory* einen ausführlichen Bericht über diese bisher fast unsichtbare Lobbyarbeit vorgelegt. Die Initiative will »ungleiche Einflussnahmemöglichkeiten von Unternehmen und Lobbyisten auf EU-Ebene offenlegen und in Frage stellen«. Laut dem 27-seitigen Bericht *Unfairbnb* ist Airbnb bereits seit 2015 auf EU-Ebene aktiv. Dabei decken sich dessen wirtschaftliche Interessen mit den Grundsätzen des europäischen Binnenmarkts, allen voran einer Regelung namens »Dienstleistungsfreiheit in der EU«. Sie erlaubt einem Unternehmen, das in einem Mitgliedsland tätig ist, die gleichen Dienstleistungen (vorübergehend) auch in einem anderen Mitgliedsland anzubieten. Außerdem beruft sich Airbnb auf zwei EU-Richtlinien: Eine regelt Internetgeschäfte und verhindert, dass das Unternehmen Daten offenlegen müsse – wie viele andere aus dem Silicon Valley ist es bekannt dafür, kaum Informationen preiszugeben –, die andere regelt Vermietungen und soll verhindern, dass Regularien, die von Kommunen beschlossen wurden, tatsächlich greifen.

Wie hart die Kämpfe im Tourismussektor sind, davon kann die ehemalige Belegschaft des *Wombat's*

Hostels in Berlin-Mitte ein Lied singen. Für kurze Zeit war es Deutschlands einziges Hostel mit Betriebsrat, bevor die Unternehmenschefs zum Gegenschlag ausholten. Sein Standort steht für den Hauptstadt-Mythos, mit dem Berlin in seinen Werbekampagnen Tourist*innen aus aller Welt anlocken will: »Berlin ist 365/24: an allen 365 Tagen im Jahr spannend und mit einem Rund-um-die-Uhr-Programm«. Hinter dem niedlichen Namen versteckt sich eine weltweite Hostelkette mit Sitz in Österreich. Europaweit gibt es fünf *Wombat's Hostels*: neben Berlin noch in den Stadttourismus-Hotspots Venedig, Budapest, London, München und Wien.

Der Geschäftsführung sei der geplante Betriebsrat von Anfang ein Dorn im Auge gewesen, sagen Ruth Koch und Raphael Krüger (Namen geändert): »Sie haben damit gedroht, dass sie das Arbeitsumfeld zum Schlechteren verändern würden, wenn ein Betriebsrat gewählt werden würde.« Gedroht hätten sie etwa mit dem Verbot des Gratisfrühstücks am Morgen. Das Reinigungsteam sei daraufhin zurückgerudert. »Die meisten aus dem Team waren auf den Job angewiesen, viele waren über 50 Jahre alt, kamen nicht aus Deutschland, hatten Angst, nie wieder was zu finden.« Koch und Krüger berichten aber auch von den ersten Erfolgen des Betriebsrats:

Für die Acht-Stunden-Schichten seien Pausen eingeführt und ein Pausenraum erkämpft worden, die Beschäftigten durften in ihrer Freizeit nicht mehr angerufen, Überstunden nicht mehr angeordnet werden, man habe ein verbindliches Wunschbuch für den Schichtplan eingeführt und dafür gesorgt, dass Gesundheitsstandards eingehalten würden. Das kam beim Rest der damals 50-köpfigen Belegschaft gut an. Mitte 2017 waren mehr als die Hälfte von ihnen bei der Gewerkschaft NGG (»Nahrung-Genuss-Gaststätten«) organisiert.

Gemeinsam wollten sie einen Schritt weiter gehen und forderten außerdem einen Tarifvertrag. Die Geschäftsleitung sperrte sich: »Sie haben behauptet, dass sie keinen Gewinn machen würden, und in einem offenen Brief geschrieben, dass sie sich den Tariflohn nicht leisten könnten.« Im September 2017 streikte ein großer Teil der *Wombat's*-Belegschaft zum ersten Mal, zunächst für zwei Stunden. Der Kollegin, die mit Koch an diesem Tag an der Rezeption gearbeitet hatte, wurde fristlos gekündigt. »Sie hat sich zwar wieder reinklagen können, aber daraufhin ruderten andere Beschäftigte zurück, weil sie Angst bekamen. Mich konnten sie ja nicht kündigen, weil ich Betriebsrätin bin und damit Kündigungsschutz habe.«

Dabei sei es nicht geblieben, sagt Raphael Krüger: »Die Geschäftsleitung hat an die Reinigungskräfte Abmahnungen ausgeteilt, die am Streik teilgenommen haben. Später wurden sie entlassen und neue Reinigungskräfte über eine Fremdfirma neu eingestellt.« Der Arbeitskampf bei *Wombat's* ist noch nicht beendet: Neun Warnstreiks hat es seitdem gegeben, immer stundenweise, mal mit viel Öffentlichkeit, manchmal aber auch einfach nur, wenn sich große Reisegruppen angekündigt hatten – und dann nicht eingeecheckt wurden. Im Gegenzug stellte die Geschäftsführung nur noch mit befristeten Verträgen ein, Probezeiten werden auf ein halbes Jahr verlängert, Leiharbeiter*innen eingesetzt. »Unser Organisationsgrad sollte gedrückt werden, um die Tarifvereinbarung wieder kündigen zu können«, sagt Koch. Zudem seien Streikbrecher*innen aus anderen Städten geholt worden. »Einer von denen, die aus München eingeflogen wurden, ist jetzt unsere aktuelle Hausleitung. Wir waren denen einfach ein Dorn im Auge.« Im Herbst 2019 hat der Betreiber das Hostel schließlich geschlossen. Ruth Koch und Raphael Krüger hätten den Betrieb gerne als Genossenschaft weitergeführt. »Wir würden das Hostel gerne als Belegschaft kollektiv übernehmen und ein Schulungshotel für Arbeitskämpfende draus machen.

Es würde zum Beispiel Schulungen geben, wie man mit Union Busting umgeht.« Das Gebäude steht im Herbst 2021 immer noch leer – während viele in Berlin nicht mal eine Wohnung haben.

Die Tourismusindustrie treibt die Mieten in die Höhe und ist ein Beschleuniger prekärer Arbeitsbedingungen. Außerdem ist sie für viele Umweltschäden verantwortlich. Was ist also die Lösung? Gar nicht mehr reisen? Neoliberale Diskurse wie der um die »Flugscham« legen das nahe und individualisieren das Problem. Die (fast ausschließlich weiblichen) spanischen Reinigungskräfte von *Las Kellys* haben einen konstruktiveren Vorschlag. Etwa 4500 Reinigungskräfte haben sich in der basisgewerkschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossen. Im ebenfalls boomenden spanischen Tourismussektor verschlechtern sich seit vielen Jahren die Arbeitsbedingungen der Hotelbelegschaften, von denen das Reinigungspersonal den größten Teil ausmacht. Während der Eurokrise setzte der damalige Ministerpräsident Mariano Rajoy 2012 eine Arbeitsmarktreform mit weitreichenden Folgen durch: Danach war es den Hotels möglich, ihre Reinigungskräfte zu entlassen und über Subunternehmen – zu schlechteren Konditionen – wieder einzustellen. Teilweise halbierten sich die Löhne, gleichzeitig



Las Kellys-Protest vor dem Europäischen Parlament, November 2019

verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen: Befristete Verträge, Teilzeitanstellungen, unbezahlte Überstunden, kurzfristige Einsätze, Kündigungen bei Krankheit oder Schwangerschaft sind seitdem an der Tagesordnung. Einige Reinigungskräfte tauschen sich damals in einer Facebookgruppe aus. Aus dem Austausch wurden Proteste, aus Protesten *Las Kellys*. Nicht nur die Arbeitgeber waren davon wenig begeistert, auch die etablierten Gewerkschaften fühlten sich übergangen, standen den Alleingängen

der Reinigungskräfte skeptisch bis feindselig gegenüber und hielten ihre Forderungen für teilweise unrealistisch. Aber *Las Kellys* sind aus den spanischen Arbeitskämpfen nicht mehr wegzudenken. Sie machen kontinuierlich auf die Arbeitsbedingungen aufmerksam, sind seit 2016 eine offiziell eingetragene Vereinigung, sie haben vor dem Kongress, im Senat, vor der Europäischen Union gesprochen, es gibt einen Dokumentarfilm über sie – und jetzt gründen sie auch noch eine eigene Buchungsplattform. Bei ihnen können Kund*innen nur Hotels buchen, die die Mindeststandards bei Arbeitsschutz, Lohn und Tarifverträgen einhalten. Auch Häuser, die Subunternehmer beschäftigen, sollen ausgeschlossen werden. Die potenziellen Kund*innen scheint die Idee begeistert zu haben: Im Juli 2021 haben *Las Kellys* ein Crowdfunding gestartet, mit dem sie das Startkapital einnehmen wollen.⁶ Im Oktober 2021 waren bereits über 90.000 Euro in Spenden zusammengekommen, das Ziel von 60.000 Euro wurde somit weit übertroffen. Mit ihrer Buchungsplattform schlagen *Las Kellys* eine wichtige Brücke zwischen ihren Arbeitskämpfen und den solidarischen Kund*innen. Denn die gibt es, das haben auch die streikenden Ryanair-Flugbegleiter*innen erfahren, berichtet Mira Neumaier: »Ich finde es sinnlos, eine

moralische Debatte übers Reisen zu führen, die die Entscheidung auf den Einzelnen abwälzt. Dagegen kommen wir nur alle gemeinsam an. Die Solidarität der Ryanair-Reisenden war schon mal groß.« Wäre doch schön, wenn das nur ein Anfang wäre.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg.): Wirtschaftsfaktor Tourismus in Deutschland. Kennzahlen einer umsatzstarken Querschnittsbranche. Ergebnisbericht. Berlin 2015, www.bmwi.de [26.11.2021].
- 2 Boewe, Jörn / Butollo, Florian / Schulten, Johannes (2020): Organizing Ryanair. Die transnationale Gewerkschaftskampagne bei Europas Billigfluglinie Nummer Eins. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), S. 25.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Wollman, Elizabeth (2020): Airbnb Gets \$1 Billion Loan, Bringing Coronavirus Funding to \$2 Billion. In: Wall Street Journal, 15.4.2020, www.wsj.com [26.11.2021].
- 6 Sindicato Las Kellys Cataluña: I book my hotel room with Las Kellys, <https://en.goteo.org/project/las-kellys> [25.1.2022].

Teile dieses Kapitels sind am 9.7.2019 in der *tageszeitung* (»Der Flugbegleiter als Störfaktor«) und am 14.6.2018 in der *Wochenzeitung Der Freitag* (»Gut war gestern«) erschienen.